



16. Dezember 2004

## **Türkei - Europäischen Union: Interkultureller Rat befürwortet die Aufnahme von Verhandlungen**

Der Interkulturelle Rat in Deutschland spricht sich trotz fortbestehender menschenrechtlicher Defizite in der Türkei für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union aus. Das generelle Ziel dieser Verhandlungen muss die Mitgliedschaft der Türkei in der EU sein.

„Wie bei allen anderen Kandidatenstaaten muss die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien die unverzichtbare Voraussetzung für eine Mitgliedschaft sein. Die Strecke, die die Türkei auf diesem Wege zurückzulegen hat, ist trotz der eingeleiteten Reformen noch lang“, erklärte Jürgen Micksch, der Vorsitzende des Interkulturellen Rates. Er verwies auf fortbestehende Defizite bei der Durchsetzung des generellen Folterverbots, die noch immer unbefriedigende Situation der kurdischen Bevölkerung, die Bedrohung von Angehörigen kurdischer Parteien und Organisationen mit politischen Prozessen und die weiterhin bestehende Benachteiligung religiöser Minderheiten. Die etwa 3.500 Asylanträge, die türkeistämmige Staatsbürger, vorwiegend Kurdinnen und Kurden, im Jahre 2004 in Deutschland gestellt hätten, seien Beleg für die Notwendigkeit weiterer Reformen.

Es sei daher unstrittig, dass die Beitrittsverhandlungen langjährig angelegt sein und gegebenenfalls ausgesetzt werden müssten, wenn der Reformprozess in der Türkei ins Stocken gerate. Mit der Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen am morgigen Freitag befinde der Europäische Rat jedoch nicht über die „Europafähigkeit“ der Türkei am Ende des Jahres 2004. Er entscheide vielmehr darüber, ob die in den letzten Jahren eingeleiteten Reformschritte anerkannt würden und der Türkei entsprechend bestehender vertraglicher Regelungen das grundsätzliche Recht auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bestätigt werde.

„Die Türkei hat sich auf den Weg nach Europa gemacht. Sie auf diesem Wege durch die Aufnahme fairer und solidarisch-kritischer Verhandlungen zu unterstützen, liegt gleichermaßen im europäischen und im türkischen Interesse“, so Micksch weiter.

Er kritisierte die Ankündigung der CDU/CSU, die Mitgliedschaft der Türkei in der EU zu einem zentralen Thema im Bundestagswahlkampf 2006 machen und sich im Falle eines Wahlsieges gegen die EU-Mitgliedschaft der Türkei engagieren zu wollen. Die bisherige Art und Weise der Diskussion in der Union - insbesondere das laute Nachdenken über eine Unterschriftenaktion - habe gezielt antiislamische und fremdenfeindliche Ressentiments bedient: „Was wir brauchen, ist eine sachliche Debatte über die verbleibenden Defizite der Türkei auf ihrem Weg in die Europäische Union. Was wir nicht brauchen, ist eine vorurteilsbeladene Debatte über die Unvereinbarkeit eines Landes mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung mit den gemeinsamen Werten der Europäischen Union. Wer diese Diskussion führt, gefährdet den notwendigen Reformprozess in der Türkei und die Integration der etwa 2,5 Millionen türkeistämmigen Staatsbürger in Deutschland“, so Micksch abschließend.